

Antragsbereich / Antrag 7/II/2019

AntragstellerInnen: OV Pasing

Empfänger: Bundestagsfraktion

7/II/2019: Finanzierung eines nach Alter und Arbeitsjahren gestaffelten Arbeitslosengeldes I

1 Die Mehrkosten eines nach Alter und Arbeitsjahren gestaffelten Arbeitslosengel-
2 des I, die über die Kosten für das für alle gleiche Arbeitslosengeld I hinausgehen,
3 sind nicht aus der Arbeitslosenversicherung, sondern aus dem allgemeinen
4 Steueraufkommen zu finanzieren.

5

6 Damit ist gewährleistet, dass nicht allein die Arbeitnehmer einseitig mit der Fi-
7 nanzierung einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe belastet werden, für die bis-
8 lang der Steuerzahler eintritt. Damit ist ferner gewährleistet, dass die SPD nicht
9 Politik gegen die eigenen Wähler macht und die eigenen Wähler einseitig belastet
10 werden. Nur so kann vermieden werden, dass sich noch mehr potentielle Wähler
11 von der SPD abwenden werden, als dies jetzt schon bei den letzten Wahlen der
12 Fall war.

13

14 Begründung

15 Andrea Nahles hat in der Rundmail vom 06. Februar 2019 folgendes mitgeteilt:

16

17 *In Zukunft sollen je nach Alter und Arbeitsjahren bis zu 33 Monate Arbeitslosengeld*
18 *I gezahlt werden. In Einzelfällen könne die Bezugsdauer sogar auf drei Jahre*
19 *steigen, sagt Nahles. Die Mehrkosten könnten aus der Arbeitslosenversicherung*
20 *gedeckt werden: "Deren Kassen sind voll, das Geld ist da."*

21

22 Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass sämtliche Steuerzahler mit Ka-
23 pitaleinkünften, mit Unternehmenseinkünften, Beamte und Selbständige die
24 Unterstützung dieses bedürftigen Personenkreises nicht mehr mit Steuergel-
25 dern finanzieren. Belastet werden allein die Arbeitnehmer – und zwar nur die
26 Arbeitnehmer mit niedrigen und mittleren Löhnen und Gehältern, während die
27 Arbeitnehmer mit ihrem Anteil über der Beitragsbemessungsgrenze ebenfalls
28 nichts finanzieren. Derzeit finanziert jeder mit einem progressiven Steuersatz
29 diese Personengruppe.

30

31 Die besondere Würdigung und Absicherung der Leistungsträger, die zahlreiche
32 Arbeitsjahre hinter sich haben und wegen ihres Alters nur schwerer in den
33 Arbeitsmarkt zurückfinden, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deren
34 Finanzierung darf nicht allein den Beitragszahlern aufgebürdet werden.

35

36 Dass die Kassen derzeit voll sind, ändert nichts daran. Im Gegenteil: es kommen
37 auch wieder schlechtere Zeiten, in denen die Beitragszahler dann noch zusätzlich
38 belastet werden. Gerade die Arbeitslosenversicherung ist eine Versicherung,
39 die bei guter Beschäftigungslage hohe Einnahmen und geringe Ausgaben
40 hat, während bei schlechter Beschäftigungslage hohe Ausgaben nur geringen
41 Einnahmen gegenüberstehen. Die aktuelle Kassenlage in Zeiten mit hoher
42 Beschäftigungsquote kann danach nie ein Argument für die Finanzierung ge-
43 samtgesellschaftlicher Aufgaben sein.

44

45 Schon jetzt wenden sich Beitragszahler von der SPD ab, weil die SPD nichts ge-
46 gen deren einseitige Belastung unternimmt – zu sehen auch bei der Mütterrente,
47 die einseitig von den Beitragszahlern finanziert wird, unabhängig davon, ob die
48 erwachsenen Kinder dieser Mütter überhaupt bei der Deutschen Rentenversiche-
49 rung beitragspflichtig sind oder sich schon längst aus diesem System ausgeklinkt
50 haben und die Rente ihrer Mütter ausschließlich von anderen finanzieren lassen.